

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Ringe mit!

Ringe mit im Kampf des Lebens,
Scheue nicht die strenge Pflicht!
Sern den Mühen heißen Strebens,
Wirst du Held und Sieger nicht!
Erst wenn heiß es dir im Hirne,
Wenn das Herz dir fliebernd klopfet,
Wenn der Schwweiß dir von der Stirne
Auf die schwiel'gen Hände tropft,
Ist die hohe Weisheitsunde,
Die, von regem Tun umtönt,
In der Strücker tät'ger Runde
Dich zum Arbeitshelden krönt.

Ludwig Kessling.

Sozialdemokratie und Sozialismus

Ein Kommentar zum sozialdemokratischen Parteiprogramm

Von Dr. Emil van den Boom, N. Glabbach.

Görlich und Heibelberg. — Von den Vätern der Sozialdemokratie. — Die Partei bleibt die alte. — Enteignung und Sozialisierung. — Das Dilemma. — Vom Sinn des Sozialismus. — Sozialdemokratie und Kommunismus.

Das neue Parteiprogramm, das sich die Sozialdemokratie im September 1925 auf ihrem Parteitag in Heidelberg gegeben hat, hat nunmehr in einer ausführlicheren Schrift: „Das Heibelberger Programm, Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“ (Berlin 1926, F. Dieß), seinen Kommentar gefunden. Wir haben schon beim Erscheinen des Programmentwurfes und erst recht nach dessen Annahme nachdrücklich betont, daß wir in demselben kein für die Gesamtbeurteilung der Sozialdemokratie günstiges Zeichen zu erblicken vermögen. Nimmt man das neue Heibelberger Programm als Ganzes, so stellt es keinen Fortschritt gegenüber dem Görlicher Parteiprogramm von 1921 dar. Das Erfurter Programm aus dem Jahre 1891 überragte gefällig das Gothaer Programm von 1875, und das Görlicher Programm hätte wiederum war geistig dem Erfurter überlegen. Das Heibelberger Programm lehnt sich in gewisser Hinsicht zum Görlicher, das nach mancher Richtung den Willen zur Emanzipation vom Geiste absoluter überlebter Psychologie erkennen ließ, in vielen und hauptsächlich grundsätzlichen Punkten wieder an das Erfurter Programm an. Das Programm von Görlich hatte die Aufgabe, unter der im Erfurter Programm vertretenen radikalen orthodox-marxistischen Grundauffassung ein neues, positiveres Verhältnis zu den durch die Errichtung des Staates wesentlich veränderten Verhältnissen zu schaffen. Das Heibelberger Programm ist in seinem zweiten, die Einzelorderungen enthaltenden Teil ähnlich gehalten, stellt aber in seinem allgemeinen, richtunggebenden, grundsätzlichen ersten Teil im Gegensatz zu dem mehr auf die Forderung und Betätigung des Willens eingestellten Görlicher Programm einen teilweisen Rückfall in die sozialistische Propheetie von Erfurt dar. (Vgl. meine Schrift: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Lichte ihrer Parteiprogramme.“ N.-Glabbach 1926, Volkvereins-Verlag.)

Der eben erwähnte Kommentar, der die Erläuterungen zum Programm bringt, ist ein offizielle Parteischrift. Sie wurde auf Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes herausgegeben, der dazu auch die Autoren für die einzelnen Abschnitte zum Ausdruck bestimmte, unter diesen für den wichtigsten grundsätzlichen Teil keinen andern als den Vater des Erfurter Programms, Karl Kautsky. Die Einführung ist viel Paul Kampffmeyer. Die Art, wie dieser sich seiner Aufgabe unterzogen hat, ist kennzeichnend. „Der kräftigste Akzent der revolutionären sozialistischen Theorie“, so heißt es hier, „durchströmt unkräftig das Heibelberger Programm der deutschen Sozialdemokratie. Aus dem „Kapital“ von Karl Marx, aus der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ von Friedrich Engels, aus dem „Erfurter Programm“ von Karl Kautsky, aus der „Kritik und der Sozialismus“ von August Bebel steigt der „Kodex“ des modernen theoretischen Sozialismus auf.“ Eine Seite weiter wird festgestellt: „Die so lebendig im Heibelberger Programm geschilberten Konzentrationstendenzen des Kapitals treten bereits wichtig aus dem „Kommunistischen Manifest“ heraus. Das „Kommunistische Manifest“ läßt den ungeheuren historischen Prozeß der kapitalistischen Steigerung der Produktivität der Arbeit mit dramatischer Wucht abrollen. — Aus der Tiefe der kolossalen

massenhafte Produktivkräfte entfesselnden Gesellschaft steigt mit zwingender Notwendigkeit der Sozialismus auf.“ Diese Vorstellung, die das ganze Heibelberger Programm durchdringt, zieht ihre Kraft aus dem „Kommunistischen Manifest“. Zitate, aus denen in Verbindung mit anderen hervorgeht, einen wie großen Wert die heutigen Führer der Parteien auf die Ideenverbindung des Heibelberger Parteiprogramms mit den Vätern des alten Sozialismus und der Sozialdemokratie legen.

Karl Kautsky versichert ebenfalls in seinen Erläuterungen zum grundsätzlichen Teil des Programms: „Die Sozialdemokratie bleibt in ihrem Wesen, ihren Grundzügen und Zielen dieselbe, die sie nun bald zwei Menschenalter lang ist: die Partei des um seine vollständige, politische wie ökonomische Befreiung ringenden arbeitenden Volkes.“ Ziel und Mittel zu weiteren Zielen bleibt die Eroberung der politischen Macht. Hat sie die Regierungsmehrheit errungen, dann wird, „wie an die vollständige Durchführung ihres Aktionsprogramms, eine sozialistische Mehrheit und Regierung auch ohne Zögern an eine weitgehende Aufhebung kapitalistischer Privateigentums an Produktionsmitteln gehen müssen.“ Eine Ausnahme soll gemacht werden beim kleinen Bauern und Handwerker. Dagegen wird der kapitalistische Großbetrieb sozialisiert. Wie man die Organisation in der sozialistischen Gemeinwirtschaft organisiert werden wird, wie vor allem auch die Verteilung des Ertrages sich gestalten wird, worauf doch die Anhänger und Wähler der Sozialdemokratie den größten Wert legen, darauf vermag auch ein Kautsky eine befriedigende Antwort nicht zu geben. Der Satz: „Welche Organisationsform der Sozialisierung die zweckmäßigste ist, läßt sich nicht von vornherein für alle Gebiete feststellen. Sie wird für die verschiedenen Industriezweige, je nach ihrer Eigenart, sehr verschieden sein müssen“ — ist zu oralhaft, als daß er als eine Lösung der Fragen nach dem Aussehen der sozialdemokratischen Zukunftsgesellschaft betrachtet werden könnte. Man kann es daher verstehen, wenn auf dem Heibelberger Parteitag ein Delegierter sich zum Dolmetscher der Gefühle jener machte, die nach einem Sozialisierungsprogramm rufen aus dem Empfinden heraus: „Schmerzlich vermissen wir die Stellungnahme zu den Wirtschaftsproblemen. Wir haben zum Problem der Sozialisierung keinen gültigen Standpunkt. Sehr viel Arbeiter werden nicht wissen, wie wir uns denn nun das Hinsinwachen in die sozialistische Gesellschaft vorstellen.“ — Nach den Lehren des neuen parteioffiziellen Kommentars werden sie sicher nicht länger sein.

Die heutige Sozialdemokratie leidet eben ständig weiter an dem Dilemma, daß sie einmal die marxistische Ideologie nicht fahren lassen, auf der anderen Seite aber praktische Politik machen will. Beides zusammen ist unmöglich. Der Vulgärmarxismus mit seinen Schlagworten war für die Gewinnung der Massen außerordentlich zugkräftig. Was die statische Klasse als Zukunftswunsch sich ersehnte, an dessen Verwirklichung sie so recht zu glauben sich nicht getraute, das stellte Karl Marx in seinen Werken, besonders in dem berühmten Buche „Das Kapital“, als eine naturnotwendige, beweisbare Entwicklung dar. Als diese aber „am Tage nach der Revolution“ die von den gleichen Klassen ersehnte Zukunftsgesellschaft gebären sollte, da blies diese aus. Die neue Ordnung kam nicht und die enttäuschten Massen machten dafür eine „Lohnbewegung“, die der Wirtschaft herzlich schlecht bekommen sollte. Und woher das alles? Weil die Sozialdemokratie mit ihrer äußeren Verbreiterung nicht zugleich ein entsprechendes geistliches Wachstum in sich vorgenommen hat. Weil sie es nicht fertig gebracht, ihre Anhänger auch über ihr inneres Sollen und Können, über den Sinn ihrer Bewegung und die Verantwortung dem Ganzen gegenüber auch genügend ins Klare zu bringen. Wer den Sozialismus und seinen Sinn tiefer verstehen will, kann aus den Parteiprogrammen allein diese Erkenntnis nicht schöpfen. Er muß den Sozialismus als festliches Problem erfassen lernen.

In seinem kürzlich erschienenen umfangreichen Werk: „Die Psychologie des Sozialismus“ fordert der Flame Hendrik de Man von der Sozialdemokratie, den Vulgärmarxismus endgültig fahren zu lassen und hier das Bettrennen mit dem Kommunismus aufzugeben, da die Sozialdemokratie dabei immer doch im Rechtteil sein werde. „Gegen den Raubtiermarxismus der Kommunisten ist der Stieberläufermarxismus der Sozialisten machtlos.“ Die maßgebenden Führer der Sozialdemokratie müssen sich den Massen gegenüber daran einstellen, daß Sozialismus nicht lediglich eine „Notwendigkeit“, sondern die Wirkung festlicher Antriebe, ein inneres heiliges Können jedes einzelnen ist. Diesen Geist zu wecken, erscheint uns der neue Kommentar allerdings nicht genügend geeignet.

Arbeitsbeschaffung durch Wohnungsbau

Erläuterungen der Regierung im Wohnungsausschuß

In der Sitzung des Reichstagsausschusses für das Wohnungswesen am 18. August erläuterte Geh. Rat Dr. Bötz vom Reichsarbeitsministerium das Wohnungsbauprogramm der Regierung. Er führte aus, daß der Wohnungsbau nur durch eine sehr umfassende Finanzierung in Gang gesetzt werden könne. Zum Vergleich wurden die Verhältnisse der Friedensjahre herangezogen. Dabei wurde zugrunde gelegt, daß heute mindestens dieselbe Anzahl von Wohnungen im Jahre wie in Friedenszeiten gebaut werden könnte. In Betracht kamen 180 000 bis 200 000 Wohnungen. Es wurde eingehend nachgewiesen, daß eine derartige Zahl von Wohnungen hergestellt werden könne ohne künstliche Überlastung des Baumarcktes, also mit den vorhandenen Bauhandwerkern und Bauhilfsarbeitern sowie unter normaler Inanspruchnahme der Baustoffindustrie. Gebaut wurden im Jahre 1925 tatsächlich nur etwa 135 000 Wohnungen.

Zu Beginn des Jahres 1926 wurde ein Hauszinssteuer-Auskommen von 500-600 Millionen zugrunde gelegt. Man rechnete allerdings zu dieser Zeit mit einer wesentlichen Steigerung, weil ja nach den Bestimmungen der dritten Steuernotverordnung auf den 1. April 1926 die Friedensmiete mit 100 Prozent erreicht werden sollte, und es dann möglich war, 15-20 Prozent des Auskommens an Friedensmiete und bei Erhöhung über 100 Prozent der Friedensmiete noch einen höheren Quotienten für Bauzwecke zu verwenden. Die hinauschiebung des Terms für die Erreichung der Friedensmiete auf den 1. Juli 1926 und der Auschluss weiterer Mieterhöhungen bis zum 1. April 1927 mußte diese Erwartungen wesentlich enttäuschen.

Die für erste Hypothek erforderlichen Mittel für das vorliegende Bauprogramm sind vorhanden. Nach Auffassung der maßgebenden Realcreditinstitute können auch darüber hinaus erste Hypotheken für ein zusätzliches Bauprogramm über den Rahmen des Jahresprogramms hinaus aufgebracht werden. Dagegen zeigt sich eine ungünstige Entwicklung auf dem Gebiet des privaten Baugeldes, das zurzeit hinter der ersten Hypothek und der Hauszinssteuer an dritter Stelle bei der Gesamtfinanzierung des Wohnungsbaues ordnungsmäßig in Rechnung gestellt wird. Diese Schwierigkeiten haben neben der Unsicherheit über die gezielte Gestaltung der Hauszinssteuer das Einsetzen der Bauentwicklung im Jahre 1926 wesentlich gestört. Am schwersten wirkt die Unsicherheit über die Preisentwicklung auf dem Baumarckte, die mit dem Sinken des ersten Hypothekenzinses und der Baustoffe eintrat. Der Bauherr konnte angesichts dieser Erscheinungen nicht mehr mit Sicherheit berechnen, wie sich die Sicherstellung seines eigenen Baugeldes gestalten würde.

Infolge dieser Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Finanzierung hat das Reichsarbeitsministerium bereits zu Anfang dieses Jahres auf den Arbeitsmarkt hingewiesen und es für notwendig erklärt, daß neben Landwirtschaft und dem sonstigen Gewerbe, namentlich der Ausfuhrindustrie, auch das Baugewerbe mit derartigen Sondermitteln gestärkt werden müsse. Aus den Kreisen der Wirtschaft mit wenigen Ausnahmen wurde dieser Plan aufschärfend bekämpft. Das Reichsarbeitsministerium mußte sich deshalb auf die Behebung des ersten Hypothekemarktes beschränken.

Es darf nicht übersehen werden, daß es Gebiete mit harter Konkurrenz gibt, bei denen für die erwerbslosen Arbeiter Arbeitsbeschaffung durch Wohnungsbau überhaupt nicht in Frage kommt, weil heute für den Wohnungsbau mindestens zwei Drittel Facharbeiter unbedingt notwendig sind. Nach dem bisherigen Verhandlungsergebnis läßt es sich erreichen, daß durch ein zusätzliches Bauprogramm von 10 000 Wohnungen etwa 60 000 arbeitslose Bauarbeiter für ein halbes Jahr beschäftigt werden können. Man wird annehmen dürfen, daß noch in diesem Monat an vielen Stellen mit dem zusätzlichen Bauprogramm neben dem laufenden Jahresbauprogramm begonnen werden kann, daß aber jedenfalls im Laufe des Monats September überall in Gegenden der Arbeitslosigkeit das zusätzliche Bauprogramm voll in Wirkung treten wird.

In gewissem Umfange werden die allgemeinen Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung des Jahresprogramms auch der Beschäftigung von Bauarbeitern, namentlich

Bauhilfsarbeitern, zugute kommen, da auch bei den von der Eisenbahn und Post geplanten Arbeiten Hochbauten in Betracht kommen. Ganz im allgemeinen werden aber die sonstigen Notstandsmaßnahmen, namentlich der Eisenbahn, die Kanalbauten und eine Reihe von Unternehmungen mit Hilfe der produktiven Gewerkschaften ihrer Art nach Tiefbauten sein. Dadurch werden zweifellos eine Reihe von Arbeitern abgezogen, die sonst als Hilfsarbeiter für den Wohnungsbau in Betracht kommen, ja, es ist auch mannigfach Gelegenheit vorhanden, Bauhandwerker zu beschäftigen.

Der Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen nahm nach umfangreicher Aussprache folgende Entschlüsse an:

„Der Ausschuß nimmt Kenntnis von den Plänen der Reichsregierung bezüglich der Vorbereitung eines für eine Reihe von Jahren maßgeblichen Wohnungsbauprogramms und einer dauernden Sicherstellung der für den Wohnungsbau erforderlichen öffentlichen Mittel und erwartet, daß vor der endgültigen Feststellung der Richtlinien dem Wohnungsausschuß Gelegenheit gegeben wird, dieselben einer Prüfung zu unterziehen.“

Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms

Der vom Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages eingesetzte Unterausschuß für das Arbeitsbeschaffungsprogramm hat am 17. August eine Sitzung abgehalten, in der er sich über den Stand der Durchführung des Programms Bericht erstatten ließ. Nach den Erklärungen der Regierungsvertreter ist die Durchführung des erweiterten Bauprogramms der Reichsbahn durch den langfristigen Reichskredit von 100 Millionen Reichsmark und die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn durch ein Reichsdarlehen von 20 Millionen Reichsmark gesichert. Dadurch wird in erster Linie der Berliner Arbeitsmarkt entlastet und die Eisen- und Elektroindustrie mit Aufträgen versehen. Der 20-Millionen-Zwischenschatz für Wohnungsbau soll auch für zweite Hypotheken zur Verfügung gestellt werden. Man rechnet in den nächsten Wochen mit einer stärkeren Belebung des Baumarktes. Im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Bau von Landarbeiterwohnungen will die Reichsregierung das Kontingent ausländischer Arbeiter von 130 000 auf 100 000 herabsetzen. Es ist in Aussicht genommen, für die Disziplinierung in den nächsten fünf Jahren die 50 Millionen Mark für öffentlichen Etat einzusetzen. Auf dem Gebiete des Straßenbaus soll ein zehnjähriges Gesamtbauprogramm aufgestellt werden, dessen Finanzierung durch In- oder Auslandsanleihen erfolgen soll.

In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Realisierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms schneller und in größerem Umfang vor sich gehen müsse. Besonders enttäuscht habe das Kanalbauprogramm, es sei nur in ganz bescheidenem Maße in Angriff genommen worden, und man habe z. B. für den Bau des Mittelrandkanals viel zu geringe Mittel für den Anfang eingesetzt. Man wird damit rechnen können, daß die Reichsregierung dem Reichstag ein umfassendes Kanalbau-

programm vorlegen wird. Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms wird nach Ansicht des Unterausschusses mehr als eine halbe Milliarde aus öffentlichen Mitteln erfordern, wobei, abgesehen von den sonstigen lebendigen Wirkungen zusätzlicher Arbeitsbeschaffung, bestenfalls einige hunderttausend Notstandsarbeiter beschäftigt werden können. Der Ausschuss ersuchte die Regierung, bestimmte Projekte bis zur nächsten Sitzung des Unterausschusses, die im September stattfinden soll, vorzulegen.

Um Mitbestimmung und Mitbesitz der Arbeiter in der Wirtschaft

Vortrag des Rolf Fahrenbrach auf dem Dortmunder Gewerkschaftstongress

Die Wirtschaftsforderungen der einzelnen Interessengruppen werden fast stets nur an Reich, Staat, Gemeinden und die anderen Gruppen der Wirtschaft gerichtet. So will der Unternehmer die notwendige Steigerung und Verbilligung der Produktion durch Beilegung der öffentlichen Lasten, durch Herabdrückung der Löhne und der Arbeitszeit erreichen. Er demüht jeglichen staatlichen Eingriff in das wirtschaftliche Geschehen, errichtet jedoch selbst mit der Kartell- und Syndikalitátpolitik eine rücksichtslose Zwangswirtschaft durch Ausschaltung der Konkurrenz und Hochschrauben der Preise. Weite Arbeiterschichten sind in den letzten Jahren gleichfalls immer mehr der falschen Auffassung verfallen, alles Heil könne vom Staate und anderen Interessengruppen erwartet werden. Eine solche Einstellung schwächt den Willen zur Selbsthilfe und zur Opferbereitschaft im Dienste der eigenen Standesbewegung wie des Gemeinschaftslebens. Mit Jammer über die ungünstige Wirtschaftslage und die Not der eigenen Standesangehörigen ist die deutsche Wirtschaft nicht wieder zur Blüte zu bringen und dem deutschen Volke nicht die notwendige Weltgeltung zu verschaffen. Ebenso kurzfristig sind die Anschauungen, dem Arbeiterstande könnte allein mit dem richtigen Stimmzettel bei den Parlamentswahlen eine wirtschaftlich gesicherte und in der Gemeinschaft gleichberechtigte und geachtete Stellung errungen werden. Nur durch mühsames, stetes Vorwärts- und Aufwärtstreben unter materiellen und persönlichen Opfern sind diese Ziele erreichbar. Was wir als Arbeitnehmer billigerweise vom Staate und von der Gesetzgebung verlangen können und müssen, ist, daß uns die Bahn für den Aufstieg freigemacht, uns die gleichen Rechte, Freiheiten und Aufstiegsmöglichkeiten gegeben werden wie den anderen Ständen. Diese besitzen wir heute nicht.

Dringender als eine europäische oder Weltwirtschaftskonferenz, wichtiger als alle schönen Wirtschaftstheorien und internationalen Verständigungsbestrebungen ist für das deutsche Volk die Ueberbrückung der großen Gegensätze im Wirtschafts- und Volksleben. Son außen her ist das Heil nicht zu erwarten; das deutsche Volk muß sich selbst aus dem Elend herausarbeiten, muß zunächst durch äußerste Kraftanstrengung auf allen Gebieten die Notzeiten zu überwinden suchen. Ein wirtschaftlich ge-

fundes und starkes Deutschland findet von selbst wieder Weltgeltung. Dagegen wird ein innerlich zerrissenes, uneiniges Volk, dessen Wirtschaft krank ist und dessen Vertreter vor den Geldverleihern und politischen Macht-habern anderer Länder als Bettler erscheinen, stets als minderwertig und als Ausbeutungsobjekt behandelt.

Bei der steigenden Masse der Lohnempfänger auf der einen und der klein gewordenen Gruppe Begüterter auf der anderen Seite sind nur noch geringe materielle Ausgleiche möglich. Die Frage einer gerechten Verteilung des Produktionsertrages ist zwar äußerst wichtig und die Gewerkschaften wenden ihr fortgesetzt größte Aufmerksamkeit zu. Wichtiger noch ist die Aufgabe einer höchstmöglichen Produktionsleistung und Ertragssteigerung. Jede produktive Leistungssteigerung läßt sich auswerten in geringere Verkaufspreise oder höhere Löhne oder auch in beides. Die entscheidende Frage ist deshalb: wie bringen wir die Lohn- und Gehaltsempfänger zur freudigen Anspannung aller Kräfte im Dienste der Produktion, im Dienst ihres eigenen wie des Gesamtwohles. Antwort: indem wir die Arbeitnehmer zu gleichberechtigten, aber auch gleichverantwortlichen Mitleitern und auch Mitbesitzern der Wirtschaft machen. Mit der Uebernahme amerikanischer Produktionsmethoden allein ist es nicht getan, dieselben müssen und werden versagen, wenn der Geist gegenständlicher Achtung und Wertung, der Geist des Vertrauens und des Verantwortungsbewußtseins fehlt. Man gebe dem deutschen Arbeiter die Gewähr, daß ihm und seinen Standesgenossen die Früchte seines Fleißes nicht gestohlen werden, daß er gleichberechtigt bei der Leitung der Wirtschaft mitwirken kann, daß seine Leistungen für das Volksganze gebührende Wertung und Anerkennung finden und der deutsche Arbeiter wird bei entsprechenden technischen und organisatorischen Produktionseinrichtungen mindestens die gleiche Leistungsfähigkeit zeigen, wie der Arbeiter der Vereinigten Staaten.

Die Mitleitung

In der Wirtschaft ist den Arbeitnehmern zwar in der Reichsversicherung zugesichert, indem sie berufen sein sollen, „bei der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“, diese Zusage ist bisher jedoch noch nicht verwirklicht. Wir erheben deshalb erneut und energisch die Forderung nach einer geordneten Wirtschaftsvertretung der Arbeiterschaft in den öffentlichen Berufsständen, sowie in zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräten und im endgültigen Reichswirtschaftsrat. Selbst der Reichswirtschaftsminister, Herr Dr. Curtius, hat in seiner Reichstagsrede vom 19. März 1926 dem vork. Reichswirtschaftsrat die Anerkennung für vorzügliche Leistungen ausgesprochen. Er betonte die Notwendigkeit, daß den Ministerien ein Gutachterorgan zur Seite stehen müsse, in welchem die Sachverständigen und Interessenten zu Gehör kommen müßten. Die allgemeine Bedeutung eines solchen Organs liege darin, daß die in ihm vereinigten Wirtschaftskreise sich genötigt sehen, ihre Privatinteressen mit der Richtung auf das Wohl der Allgemeinheit zu begründen und damit von selbst allmählich dazu zu gelangen, sie in den Rahmen der Volkswirtschaft einzupassen. Nach Zerschlagung der Zentralarbeitsgemeinschaft bilde der Reichswirtschaftsrat gewissermaßen den letzten Tisch, an dem sich die beiden

Komm und lach . . .

Komm und lach . . . und wenn es regnet,
Komm und lach! und wenn es schneit,
Komm und lach und laß es regnen,
Jedes Ding hat seine Zeit!

's wär ja schöner, hien die Sonne,
's wär ja schöner, hätt man
Dies und jenes, wie so vieles,
Das man möchte und nicht kann!

Schlechtes Wetter ist sehr mißlich
Auf die Dauer und verstimmet;
Doch verdrücklich wird es schließlich
Erst, wenn man's verdrücklich nimmt.

Dann lach und laß es wettern,
Wie es will, und laß es wehal
Sag: je toller, desto besser!
Um so eher wird es schön!

Ésler Stalschlen.

Vom Werden der deutschen Wirtschaft

I. Erkenntnis

Seit dem Kriegsausbruch 1914 und fast noch mehr seit dem traurigen Ende 1918 ist die öffentliche Schätzung und auch Bedeutung der Wirtschaft tiefenhaft gesunken. Das Krieges begann alle, die sich vorher gedanklos, in fester Beschäftigung, oder von andern Interessen vollständig gefangen, wie um wirtschaftliche Jungen gekümmert hatten, in der Not über die Wirtschaft nachzudenken. Der kühnste Stützer verfolgte plötzlich das Wetter nicht mehr nur von Tag zu Tag, um Auslassungsmöglichkeiten festzustellen, sondern anglich beobachtete er es in seiner Wirkung auf die Landwirtschaft, über deren Größe, Art, Verteilung und Leistungsfähigkeit er sich zu orientieren suchte, um Vermutungen anzustellen, ob Brot, Butter, Fleisch, Kartoffeln noch knapper werden würden. Die Begehrtheit für Leder- und Tuchwaren machte jedermann die hier herrschenden deutschen Gerungen und Abhängigkeiten klar. Die staatliche Versorgung von Gold,

Kupfer und Messing zeigte, nicht nur unsere Unzulänglichkeit an diesen Metallen, sondern die Goldbeziehung ließ auch vor allem das große Finanzproblem aufleuchten. Eine Notbarkeit wurden sogar die Kohlen, obwohl wir doch im Lande Riesenvorräte zu lagern haben. Fabriken mußten aus Kohlenmangel stillgelegt werden, Eisenbahnzüge wurden nicht mehr geheizt oder fielen ganz aus, und sogar zu Hause, „am häuslichen Herd“, sah es im Winter ganz anders als traulich und gemächlich aus, denn man trug ganz jämmerlich. Wie war das möglich? Die Arbeitskräfte lagen gepanzert draußen bei Maschinengewehr, Geschütz oder im Schützengraben, und in der Heimat fehlte dieser wichtigste wirtschaftliche Faktor, die Arbeitskraft!

Der Zusammenbruch von 1918 kam, und auch der nächste Rest deutscher Herrlichkeit zerbröckelte in der Folgezeit immer mehr. Als einzige Säulen verschwindender Pracht blieben uns außer der Reichsbankzeit einigermaßen fest die deutsche Wirtschaft und die deutsche Arbeitskraft. Lebensfähig schien in der nächsten Zeit nur noch das, was unmittelbar an wirtschaftlichen Strömen lag. Der freie geistige und selbständige Arbeiter verelendete. Die Jugend und was sonst noch Kraft in sich besaß, drängte zur Wirtschaft. Die Zahl der Studierenden der Nationalökonomie wuchs ins Ungewöhnliche, die größten Pforten reichten nicht mehr aus, und doch kamen fast alle in Stellungen, die ihr Studium absolviert hatten. Es kam soweit, daß man sogar, was das Bezeichnendste für die Krankheit der Verhältnissen ist, mit Hug und Recht von einer Herrschaftsbildung der Wirtschaft gegenüber der Politik, von ihrer Rebenregierung sprechen konnte.

Die Stärke der deutschen Wirtschaft aber hatten unsere Kriegsgegner nur zu gut erkannt, und der Vertrag von Versailles war darauf abgestimmt, dem militärischen Siege den Wirtschaftskrieg folgen zu lassen. Ungeheure Opfer wurden dem deutschen Wirtschaftsleben angehängt. Die verberberliche Folge war die entsetzliche Inflation, die von oben bis unten alle deutschen Hirne in einen brennenden Eifer versetzte, den Verdienst des Tages in barem Bargeld anzufassen, um am nächsten Tage nicht vor dem Nichts stehen zu müssen. Dauten erfinden an allen Straßenecken, und es wimmelte in ihnen wie in einem Dienstoff. Die Börsen plagen fast vor Gedränge, und in der träben Atmosphäre entstanden die Gipspflanzen des Schiebertums, des Vorkensjobbers, des Bampirs am eigenen Boile. Es handelt sich hier um die schwärzeste Zeit deutscher Geschichte. Die Folgen der allgemeinen sittlichen Verwilderung und Verherung sind unbeschreibbar.

Der Höhepunkt erreichte der Wirtschaftskrieg in der Aufbegehung durch die Franzosen. Auch dieses deutsche Leiden war noch notwendig, um allmählich überall in der

Welt die Gänzlich aufdämmern zu lassen, daß es nicht nur ein Jagen der Ferse nach der Feh sei, Reparationen auszu-pressen und gleichzeitig ihre Quelle, die deutsche Wirtschaft zu zerstören, sondern daß auch die Wirtschaft eines Staates wie Deutschland nicht einfach vernichtet werden kann, da wir heute auch keine isolierte Landeswirtschaft mehr treiben, sondern darüber hinausgewachsen sind zum Weltwirtschaftsorganismus, aus dem man kein wichtiges Glied herauschneiden kann, ohne das Ganze tödlich zu verletzen. Diese Ueberzeugung setzt sich jetzt allmählich durch und ist schon wiederholt von den alliierten Staatsmännern in jüngster Vergangenheit ausgesprochen worden. Nicht aus Mitleid und Menschenfreundlichkeit kommt man Deutschland entgegen, sondern man kann seine Riesenvirtschaft in der Welt nicht entbehren, ohne selbst größten Schaden zu leiden.

Welche Entwicklung! Aus der Einzel- und Dorfwirtschaft ist ein Weltorganismus geworden, dessen gewaltigen Fingern sich niemand mehr entziehen kann! Von höchstem Interesse ist es, die Stadien dieser geschäftlichen Entwicklung zu verfolgen, auch gibt sie manche Aufklärung und Belehrung für heute. Es soll daher die Aufgabe einer Weltreise sein, kurz den Entwicklungsgang der deutschen Wirtschaft zu verfolgen.

Vorber merke sei, daß selbstverständlich die Wirtschaft nicht auf einem Isolierchemel sitzt, sondern daß sie durch tausend Fäden mit anderen Wirtschaften und Faktoren der menschlichen Gesellschaft verflochten ist. Unlösbar geradzue ist etwa die Verwurzelung von Politik und Wirtschaft, die in unzähligen Werten sich gegenseitig die Führerschaft streitig machen, normal aber sich gewaltig fördern. Zum Beweis sei einerseits daran erinnert, daß die stolze Hanse, der Handelsbund des ausgehenden deutschen Mittelalters, demnach schnell versiel, daß keine politische Macht zum Ehre hinter ihr stand, als überall die nationalen Staaten erwachten; andererseits sieht in aller Erinnerung der ungeahnte Aufschwung der gesamten deutschen Wirtschaft nach dem siegreichen französischen Kriege 1870 bis 71. Erig ist ferner der Zusammenhang zwischen Moral und Wirtschaft. Man bedenke, wie im Mittelalter aus moralischen Gründen das Zinnehmen verboten war, daß vor dem Kriege der deutsche Kaufmann als persönlich sehr ehrlich bekannt war, daß die vielen Anwälte des Kapitalismus nur mit einer Forderung der jüdischen Rabbiner zu begreifen sind. Endlich sei noch des Einflusses gedacht, der die allgemeine geistige Kultur auf die Wirtschaft hat. Je mehr jene sich verfeinert, desto größer werden die allgemein-menschlichen Bedürfnisse, desto größer die Ansprüche werden an die Wirtschaft gestellt, desto mehr Mittel aber werden ihr auch durch Erfindungen zugeführt.

Georg Kowolnik.

* Wie hätte diese Wirtschaftliche Verwirrung im Weltkrieg begonnen, wenn sie hätte über wegen der Verdrückung von Gewerkschaften und Arbeitern nicht begonnen. Das deutsche Wirtschaftsleben wegen seiner den Reichs Wirtschaftlichen Verwirrung noch schwerer werden.

großen Gruppen der Unternehmer und Arbeitnehmer zum Ausgleich der Gegensätze und zu gemeinsamer Arbeit an der Wirtschaft zusammenfinden können. Dies auf praktischen Erfahrungen begründete Gutachten wiegt schwerer als die üblichen Kritiken der rheinisch-westfälischen Handelskammern auf ihrer Tagung in Essen.

Der Reichswirtschaftsrat als einzelnes Spitzenorgan genügt jedoch nicht den Bedürfnissen der Wirtschaft. Er muß seine Verantwortung finden in einem gesunden Unterbau von Berufsammern und Bezirkswirtschaftsräten. Ohne solche, den besonderen Bedürfnissen der verschiedenen Wirtschaftsbereiche und Wirtschaftsgruppen anzupassenden Organe kommen wir nicht zu der notwendigen Durchdringung und Förderung der Gesamtwirtschaft. Die vorliegenden Gesetzentwürfe über den Reichswirtschaftsrat bilden nur ein höchst unvollkommenes Stückwerk. Erforderlich ist, in großzügiger Weise einen richtig gegliederten Aufbau der Wirtschaftszweige zu schaffen. Die Gesetzesentwürfe geben dem Reichswirtschaftsrat nicht die unbedingt notwendige Selbstverwaltung, Selbständigkeit und die initiale Betätigungsmöglichkeit in allen wichtigen Angelegenheiten der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die paritätische Zusammensetzung darf nicht vereitelt werden durch eine ungeschickliche Verstärkung der Abteilung III oder durch Anhäufung einer vierten Abteilung von Behördenvertretern. Die deutsche Regierung fordert die Gleichberechtigung und Gleichwertung Deutschlands im Völkerverbund. Wir unterstützen diese durchaus berechtigte und selbstverständliche Forderung. Selbstverständlicher noch und wichtiger ist die gleichberechtigte und gleichwertige Eingliederung der Arbeitnehmer in unsere deutsche Wirtschaft und Volksgemeinschaft. Will man die Arbeitnehmer entsprechend ihrer Bedeutung als Produzent, Massenverbraucher und Träger öffentlicher Lasten berücksichtigen — eine sicher nicht unberechtigte Forderung —, so würde man ihr weit über den Rahmen der formalen Parität hinaus entsprechenden Einfluß einräumen müssen. Eine weitgehende Unternehmerhaft hätte längst aus eigener Initiative heraus Einrichtungen geschaffen, um die positiven Kräfte der Arbeitnehmerschaft nutzbar zu machen zur Förderung der Einzelunternehmungen wie der Gesamtwirtschaft. Freiwillig geschaffene Selbstverwaltungskörper würden ohne Zweifel ganz anders gewertet und eine viel freudigere Hingabe an die große Sache herbeiführen. Die marxistische Klassenkampfidee wird bestimmt nicht überwunden durch das Herr-im-Hausspielen rückständiger Unternehmerrunde, wie sich überhaupt keine Ideen und selbst keine Ideologien mit Machtmitteln umbringen lassen. (Fortf. folgt.)

Um 28. August 1926 ist der fünfunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

Die größte Schuld an den verworrenen Verhältnissen trage die Regierung, die seit dem Heimkehren der ermatteten und kränklichen Krieger, anstatt tatkräftig und helfend einzugreifen, die Vergnügungsjucht, Lazen und Trinken ermutigt habe, teilweise um ein Vergessen der schweren Kriegszeit hervorzuwerfen, größtenteils aber, um einen Schläfer über die damals schon verlobborten Zustände zu decken.

„Diese Ausführungen,“ meint das deutsch-amerikanische Blatt, „sind besonders bemerkenswert, da Dr. Schmöderich Deutschland durch und durch kennt und außerdem an der Herausgabe der „Reddinghauser Volkszeitung“, der „Wertblätter für Kultur und Politik“ und des „Volkfreundes“ beteiligt

Der gewerkschaftliche Opfermann hat sich gelohnt!

Der Weg der christlichen Gewerkschaften war sehr mühevoll. Sie mußten kämpfen und immer wieder kämpfen, kämpfen nach allen Seiten: gegen die Kapitalmacht, der die Staatsgewalt zur Seite stand, gegen die schon bestehenden gegnerischen Gewerkschaften, die sich mit Beserkermut auf die christliche Bewegung stürzten und für sich bereits über eine ausgedehnte Presse verfügten, gegen den Indifferentismus der christlichen Arbeiter und gegen die Verstandnislosigkeit und das teilweise Uebelwollen im christlichen Volke selbst. Diesen Kampf haben die christlichen Gewerkschaften mit großem Idealismus geführt und mit einem Opfermann, der wohl einzig dasteht. Man muß sich — zu Ruh und Frommen des heutigen Geschlechtes — von den Alten erzählen lassen, wie sie neben einer ausgedehnten Arbeitszeit (zwölf Stunden und mehr) die Gewerkschaftsarbeit vollbrachten und eine große Gewerkschaftspropaganda entfalteten, wie sie ihre Lohnkämpfe, jede freie Minute, ihre ganze Erfindung und alles, was sie hatten, für die christliche Gewerkschafts Sache aufs Spiel setzten und sich weder durch die Maßregelungen der Unternehmer noch durch den Terror der Sozialdemokraten klein kriegen ließen. Mit einem wirklich bewundernswürdigen Idealismus fürwahr haben die Pioniere der christlichen Gewerkschaften ihrer Sache gedient, und sie haben den Kampf im wesentlichen mit einem glänzenden Erfolg bestanden. Gegen das Unternehmertum und die damit verbundene Staatsmacht haben die christlichen Gewerkschaften sich ihre Anerkennung als ernsthafteste Arbeiterorganisation erkungen: sie haben erheblich dazu beigetragen, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern.

Man muß im Vergleich zusehen, wie es vor einigen Jahrzehnten um die Arbeiterschaft bestellt war, um das Erreichte zu können. Der Fortschritt ist unverkennbar! Das bezeugen die Tarifverträge, die Löhne, die Arbeitszeit und dergleichen Bestimmungen, das zeigen die inneren Einrichtungen der Betriebe, das offenbart die Arbeiterversicherung (einschließlich der Altersvorsorge), das beweist die Schärfung des öffentlichen sozialen Bewusstseins, und das kommt auch in dem größeren Selbstbewußtsein zum Ausdruck, das heute in der Arbeiterschaft lebendig ist. Wenn uns der gegenwärtige Zustand auch längst nicht in allem befriedigt, wir müssen bedenken, wie es vor einigen Jahrzehnten um das Arbeiterdasein bestellt war.

Der Idealismus also und der Opfermann, der im Laufe der Zeit auf die christlichen Gewerkschaften verwandt wurde, hat sich gelohnt, die Hoffnungen, die auf sie gesetzt wurden, haben sich in weitem Maße erfüllt. Die christlichen Gewerkschaften nehmen mit vollem Recht eine ausgezeichnete und einflussreiche Stellung ein im deutschen Volksleben. Man hört sie nicht nur wehnen, man hört auch auf sie, man achtet sie nicht nur, man beachtet sie auch. (Werkb. Arbeiterztg., Nr. 18.)

forbert wurde. Mit Abbruch des Generalstreiks wurden diese Sammlungen eingestellt. Der sozialistische Internationaler Gewerkschaftsbund beschloß dann, dem Generalrat der englischen Gewerkschaften mit Darlehen zu Hilfe zu kommen. Der Zweck dieser Umstellung dürfte in dem Bestreben gelegen haben, die englische Bergarbeiter-Union unter der radikalen und taktisch-tollpattigen Führung von Cool zu bestimmen, in engster Anlehnung an die übrigen Gewerkschaften den Kampf zu führen. Dieses Wollen führte nicht zu einem Erfolg, da Cool auf seine Art weiter taktierte und nunmehr dank dieser Strategie der Kampf der englischen Bergarbeiter vor dem Zusammenbruch steht. Wenn jetzt zu neuen Geldsammlungen aufgerufen wird, so dürfte das seinen Grund in dem Bemühen der englischen Gewerkschaften haben, gegenüber den Bergarbeitern den Nachweis zu führen, daß sie wohl den Bergarbeitern helfen wollen, jedoch nicht bereit sein konnten, eine Bewegung zu stützen, an deren Spitze Cool stand.

Die Hilfe der christlich-nationalen Arbeiter Deutschlands ist von den englischen Gewerkschaften nicht erbeten worden. Weder der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften, noch der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund, und bisher angegangen worden, der Hilfsaktion für die englischen Bergarbeiter Unterstützung zu leisten. Es liegt so weder für die genannten Spitzenverbände noch für den einzelnen christlich-nationalen Arbeitnehmer Anlaß vor, den Ruf des sozialistischen Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes als verpflichtend anzuerkennen.

Bei geschicktem Anziehen der Mietzins-Schraube stets ausreichender Wohnraum

Daß es eine Wohnungsnot gibt, mag heute kaum noch jemand zu bezweifeln, nur über die Bänderung derselben gehen die Meinungen auseinander. Jetzt hat die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“ ein Radikalmittel gefunden, wie die Wohnungsnot schnell zu beheben ist. Man soll in erster Linie nicht in der Erhebung von Neubauten eine Maßnahme sehen, die Wohnungsnot zu beheben, sondern man soll einen fühlbaren Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vornehmen, vor allem eine wesentliche Einschränkung des Mieterzuges. Das steht allen Erstes in der „Deutschen Hausbesitzer-Zeitung“ Nr. 25 vom 24. Juni. Aber noch ein zweites Mittel schlägt sie vor. Das lautet wörtlich: „Daß bei einem geschickten Anziehen der Mietzins-Schraube stets ausreichender Wohnraum für Wohnungssuchende vorhanden ist. Etwaigen Schwierigkeiten in der Übergangszeit könnte man durch Gewährung ausreichender Käumungssfristen seitens der Verträge begegnen. Mit dem Hinweis auf eine kleinere Wohnung, die billiger ist, wird man auch den sicher zu erwartenden Forderungen auf Wohn- und Gehalts erhöhungen entgegenzutreten können.“

Das Rezept, die Wohnungsnot zu beheben, ist also folgendes: Man hebe das Mieterzugesgesetz auf und die Zwangswirtschaft, man lündefe massenhaft Mietern mit einer entsprechenden Käumungsfrist, man zwingt sie, sich noch mehr einzuschränken, als das bisher schon geschehen ist, man ziese dann die Mietzins-Schraube geschickt an, und wir werden in ganz kurzer Zeit einen Ueberfluß an Wohnraum haben. Gleichzeitig hat man damit erreicht, daß man den zu erwartenden Forderungen auf Lohn- und Gehaltserhöhungen entgegenzutreten kann. Ein wirklich geschickter Einfall der „Deutschen Hausbesitzer-Zeitung“. Es bleibt nur die Frage, ob die Mieter sich das alles gebuldig gefallen lassen. Man sieht aber, was manche Leute für ihre Ideen haben, die sogar von anderen Kreisen ernsthaft aufgegriffen und weiter verfolgt werden. Etwas zur Widerlegung zu sagen, ist wirklich überflüssig. Der Vorschlag ist ein gemeiner Anschlag auf Gesundheit und Sittlichkeit des Volkes.

Allgemeine Rundschau

Ist der Dawesplan durchführbar?

In einem jüngst erschienenen englischen Buch über die Wirtschaftslage Deutschlands, das vom Verband der englischen Elektrizitätsindustrie herausgegeben wurde, wird die Möglichkeit der deutschen Reparationsleistungen untersucht. Ist Deutschland überhaupt in der Lage, Reparationszahlungen zu leisten? Eine bejahende Antwort — so heißt es in der Veröffentlichung — würde vier wesentliche Bedingungen voraussetzen: a) daß der jährliche Reichtumszuwachs in Deutschland so stark vermehrt würde, daß die im Zahlungsplan vorgezeichnete Summe von 2,5 Milliarden Mark jährlich aus dem nationalen Ueberfluß bezahlt werden kann; b) daß die vor dem Krieg bestandene passive Handelsbilanz aktiv gestaltet wird und einen Ueberfluß ergibt, welcher der Spanne zwischen 2,5 Milliarden Mark und der Gesamtsumme der unzahlbaren Exporte gleichkommt; c) daß sich entweder der Weltmarkt für industrielle Waren so ausdehnt, daß eine zusätzliche Warenmenge von 2-3/4 Milliarden Mark aus Deutschland ohne Schwierigkeiten aufgenommen werden kann — die dabei in Frage kommenden Industrieprodukte sind fast nur Eisen und Stahl, Maschinen und elektrische Produkte, Textilien und Chemikalien — oder daß im andern Fall durch die scharfe Konkurrenz deutscher Firmen eine solche Verschiebung auf dem Weltmarkt eintritt, daß die Unternehmer anderer konkurrierender Länder zurückstehen müssen, um dem von Deutschland geforderten Exportüberschuß von zwei Milliarden Mark Raum zu geben; d) daß die tatsächliche Uebertragung (Transfer) der im Dawesplan vorgezeichneten Summen nicht eintritt, sondern, daß diese Summen in der deutschen Industrie und Landwirtschaft investiert werden. Der Dawesplan muß — wie in dem erwähnten Buch ausgeführt wird — den Lebensstand in Deutschland herabdrücken. Er wird den Preisstand auf ein niedrigeres Niveau zwingen als gegenwärtig, um einen Exportüberschuß in Gang zu bringen. Er wird die deutschen Firmen zu einer Politik der Scheuberausfuhr antreiben und ernste und enthaltende Schwierigkeiten in den wichtigsten Industrien Großbritanniens herbeiführen.

Wie Deutschlands Ansehen diskreditiert wird

In der „Abendpost“, einem in Chicago erscheinenden deutschen Blatt (Nr. 146) finden wir eine Unterredung, die ein Herr Dr. Schmüderich aus Westfalen mit einem Vertreter des Blattes über die Lage in Deutschland gehabt haben soll. Nach der Behauptung der „Abendpost“ ist Herr Sanitätsrat Schmüderich mit dem Dampfer „Lügow“ nach Amerika gefahren. Die amerikanische Öffentlichkeit hat er dann in dieser Weise aufgeklärt:

„Was die zunehmende Arbeitslosigkeit in erster Linie verschulde, sei der Umstand, daß die meisten das Verbummeln schon so gewohnt seien, daß sie einfach eine Gelegenheit zur Arbeit unberücksichtigt lassen. Zu dem komme noch die Tatsache, daß die Auszahlung von wöchentlichen Unterstüßungen seitens der Behörden an die Arbeitslosen im Betrage von 16 Mark, ermutigend (!) auf die Verleberger einwirke.“

Sammlungen für die englischen Bergarbeiter

Der freigewerkschaftliche Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund fordert in einem Aufruf zu Geldsammlungen für die ausgebeuteten englischen Bergarbeiter auf. Der Aufruf ruft sich auf ein Geheiß des Generalrates der englischen Gewerkschaften an den sozialistischen Internationalen Gewerkschaftsbund. Zu der Angelegenheit ist bemerkenswert, daß bereits früher — zurzeit des englischen Solidaritäts-Generalstreiks — vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund zu Sammlungen für England aufge-

Tarfbewegung

Verhandlungen für das Dachdeckergerwerbe Westdeutschlands

Anträge auf Herabsetzung des Stundenlohnzuschlags gemäß § 4 Abs. 2 des Reichstariftvertrags für das Dachdeckergerwerbe waren für die Gane 13, 14, 15, 17 und 20 sowohl von den Dachdeckermeistern als auch von den Hilfsorganisationen gestellt worden. Zu der am 26. Juli in Köln stattgefundenen Verhandlung forderten die Arbeitgeber einen Abbau des bestehenden Zuschlags von 12 und 15 Prozent auf 4 Prozent, während die Arbeitervertreter einen Aufbau auf 20 Prozent forderten. Diese Verhandlungen verliefen resultatlos. Es mußte deshalb der Schlichtungsausschuß sich mit der Angelegenheit befassen. Diese Sitzung fand am 18. August in Düsseldorf statt. Die Arbeitgeber forsetzten hier in fünf wenig gekannter scharfer Weise einen Abbau auf 5 Prozent. Da sie die von den Arbeitervertretern vorgebrachten Gegenstände nicht gelten ließen, verliefen die Schlichtungsverhandlungen ergebnislos. Man trat des engere Schlichtungsausschuß zusammen. Er verhandelte nachfolgenden Schiedspruch als bindend für beide Parteien:

„Die seitherigen prozentualen Zuschläge bleiben bestehen. In Köln, Düsseldorf, Aachen und Bonn ist mit dem prozentualen Zuschlag auch die Bezahlung für die Begezeiten abgegolten.“

Durch Fällung dieses Schiedspruches ist für alle oben angeführte Gane die Lohnfrage für die Dauer des Tarifvertrages geregelt. Es muß nun Aufgabe der Dachdeckerkollegen sein, durch restlose Erfüllung der Auorganiserten die Durchführung des Schiedspruches zu sichern.

Sozialpolitik

Von der Angestelltenversicherung. Als Auswirkung der durch das neue Reichs-Knappschaftsgesetz festgelegten Leistungen sind auch die Leistungen der Angestelltenversicherung zum Teil geändert worden. Die Waisenrente erhalten nur noch Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr (statt bisher 18.). Erhält aber das Kind nach Vollendung des 15. Lebensjahres Schul- oder Berufsausbildung, so wird die Rente für deren Dauer gewährt, jedoch nicht über das 21. Lebensjahr hinaus. Ist das Kind bei Vollendung des 15. Lebensjahres infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande, sich selbst zu erhalten, so wird die Rente gewährt, solange der Zustand dauert. Kinder einer verstorbenen Ehefrau, die eheliche Kinder des hinterbliebenen Ehemannes sind oder deren rechtliche Stellung haben (durch Adoption, Anerkennung der Vaterschaft), erhalten die Waisenrente nicht, wenn die verstorbene Ehefrau aus ihrem Arbeitsverdienst zum Unterhalte der Kinder nicht beigetragen hat. Die Gesamtbezüge der Hinterbliebenen dürfen 80 v. H. des höchsten Jahresarbeitsverdienstes der höchsten Gehaltsklasse nicht übersteigen, der der Versicherte nicht zur vorübergehend angehört hat. Der Kinderzuschuss an Renteneinpfänger ist in der Höhe nicht verändert worden, er wird aber nur grundsätzlich für Kinder bis zum 15. Lebensjahr gewährt, darüber hinaus — längstens bis zum 21. Lebensjahr —, wenn das Kind noch Schul- oder Berufsausbildung erhält, über das 21. Lebensjahr, wenn das Kind wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande ist, sich selbst zu erhalten. Verheiratung der Witwe hat den Wegfall der Rente zur Folge. Für die Invalidenversicherung gelten ähnliche Bestimmungen.

Das deutsch-österreichische Übereinkommen über Sozialversicherung. Die vielfachen engen Verbindungen, welche Deutschland und Österreich miteinander knüpfen, ließen in den letzten Wochen ein Übereinkommen zum Abschluß gelangen, das in vorbildlicher Weise die beiderseitigen Beziehungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung ausbaut.

Das am 29. Juni 1926 vom Deutschen Reichstag angenommene Gesetz, dem am 12. Juli 1926 auch der Österreichische Nationalrat seine Zustimmung gab, enthält umfassende Bestimmungen über die Kranken-, Unfall-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung. Die Invalidenversicherung konnte nicht mit einbezogen werden, da Österreich eine entsprechende Altersversicherung nicht kennt.

Leitende Grundidee des Übereinkommens ist: Gegenseitige Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen auf dem Gebiete der sozialen Versicherungswesen und demzufolge: Beseitigung des bisherigen Grundgesetzes, daß das Übereinkommen der Landesgrenze und fremde Staatsangehörigkeit für die Versicherten den Verlust oder doch wenigstens eine Minderung der Rechtsansprüche aus der Sozialversicherung zur Folge haben.

Zu Auswirkung dessen bringt das Gesetz folgende hauptsächlichste Neuerungen:

In der Krankenversicherung ruhten bisher die Leistungen wie Krankengeld, ärztliche Behandlung und ärztliche Versorgung, wenn sich der Berechtigte nach Eintritt des Krankheitsfalles freiwillig ohne Zustimmung des Ausschusses in das Gebiet eines anderen Staates begibt. Nun ist diese Zustimmung des Ausschusses nicht mehr erforderlich, wenn sich der Berechtigte nach Eintritt der Krankheit in ein dem Bezirk seiner Krankenkasse benachbartes Grenzgebiet des anderen Staates begibt will, solange er sich dort aufhält, wieht also beispielsweise ein Mitglied der Ortskrankenkasse Bielefeld im kranken Zustand und ohne Erlaubnis der Kasse nach Salzbürg oder umgekehrt ein in Salzbürg Versicherten nach Bielefeld, so verliert keiner der beiden Versicherten nach dem neuen Recht deshalb den Anspruch an seine Kasse. Anders liegt die Sache allerdings, falls ein in München, Köln, Berlin usw. Erkrankter ohne Erlaubnis seiner Kasse nach Salzbürg oder ein in Bielefeld erkrankter nach München, Köln, Wien usw. geht. In diesem Falle machte er sich des Unterstützungsanspruches verlustig, weil München, Köln, Wien usw. kein dem Bezirk Salzbürg bezug. Bezugsgebiet benachbartes Grenzgebiet sind.

Nach den Vorschriften des Unfall-, Knappschafts- und Angestellten-Versicherungsgesetzes ruhen die Renten aus diesen Versicherungen, solange sich der rentenberechtigten Ausländer freiwillig gewöhnlich im Auslande aufhält. Diese Einschränkung ist nunmehr für Deutschland und Österreich durch Einräumung der Zustimmung, daß von beiden vertragschließenden Staaten für vorgenannte Rentenleistungen die Angehörigen des anderen Staates und ihre Hinterbliebenen gleichgestellt werden, völlig beseitigt. Die wichtigste Bestimmung des Übereinkommens, daß bezüglich der Kapitalabfindung von Sozialversicherungsrenten der Aufenthalt im anderen Staat für Berechtigten, die einem der beiden Staaten angehören, nicht als Aufenthalt im Auslande gilt, läßt die seit ungewollten, angelegenen Kapitalabfindungen in bezug kommen.

Besondere Wert legt das Übereinkommen auf die enge, engläufige Zusammenarbeit der beiderseitigen Versicherungsträger und Behörden in allen Angelegenheiten des sozialen Versicherungswesens. In diesem Sinne dürfen hinsichtlich der Versicherungsträger und Behörden Deutschlands und Österreichs unmittelbar miteinander in Verbindung treten, auch müssen die Gerichte, Verwaltungsbehörden und Versicherungsstellen des einen Staates den Gerichten, Verwaltungsbehörden und Versicherungsstellen des anderen Staates Rechts- und Verwaltungshilfe in demselben Umfange leisten.

wie wenn es sich um die Durchführung der eigenen Sozialversicherung handelte. Gerade diese Bestimmung wird manchem Versicherungsfall und Entschädigungsanspruch zur schnelleren Erledigung verhelfen, als dies nach der bisherigen Praxis der Fall war.

Ist der Abschluß dieses Übereinkommens schon im Interesse der Versicherten der beiden vertragsschließenden Reiche lebhaft zu begrüßen, so nicht weniger aus der erfreulichen Tatsache heraus, daß das Abkommen den ersten gelungenen Schritt auf dem Wege zur internationalen Anerkennung des Grundgesetzes der Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer in den Angelegenheiten der Sozialversicherung darstellt.

Bau-Rundschau

Ein zusätzliches Wohnungsbauprogramm

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung ist ein weiterer Fortschritt dadurch gesichert, daß auch die Preussische Staatsregierung der Durchführung eines zusätzlichen Wohnungsbauprogramms zugestimmt hat.

Damit ist auch auf dem Gebiete des Wohnungsbauprogramms die seitens des Reichs erforderliche Tätigkeit abgeschlossen. Das Reich gewährt denjenigen Ländern, die, wie Preußen und eine ganze Reihe anderer Länder, mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, einer Anregung des Reichsarbeitsministeriums folgend, neben dem ordentlichen Jahresbauprogramm ein zusätzliches Bauprogramm durchzuführen beabsichtigen, sofort vorzugsweise die zur Aufnahme der Arbeiten erforderlichen Mittel. Diese Mittel werden dann von den Ländern, sei es aus der Hauszinssteuer, sei es durch Anleihen, im Laufe des Jahres aufgebracht. Die Beschaffung der ersten Hypotheken ist auf Grund von Verhandlungen des Reichs mit den Realcreditinstituten ebenfalls sichergestellt.

So ist eine erhebliche Förderung des Wohnungsbaues für dieses Jahr erzielt. Das Reich hat durch die Gewährung von 200 Millionen für Zwischkredite auf erste Hypotheken im Anfang des Jahres die Beschaffung der Baugelder und der ersten Hypotheken erleichtert und eine Senkung des Zinsfußes gefördert. Während im vergangenen Jahre für erste Hypotheken noch bis zu 15 Prozent Zinsen zu zahlen waren, stehen jetzt bei den Hypothekenbanken solche zu 1/2 Prozent und bei den Sparkassen auch noch zu einem billigeren Zinsfuß zur Verfügung. Die Zinsen für das Baugeld selbst betragen bekanntlich 7 1/2 Prozent. Dringend erwünscht ist es allerdings, daß auch dieser Zinsbetrag noch erheblich gesenkt wird. Ein Zinsfuß von annähernd 10 Proz. bedeutet eine Verdoppelung des Zinseszinsfußes. Dies erscheint weder vom Standpunkt des Kapitalmarktes, noch von dem der allgemeinen Wirtschaft gerechtfertigt. Die neuesten Anzeiger über die Entwicklung des Absatzes von Hypothekensparbriefen ergeben eine unerwartet starke Nachfrage nach dieser Form der Kapitalanlage. Bedauerlich ist vor allem, daß die Vergütung für den Vertrieb der Sparbriefe von den Banken neuerdings wieder auf 3 Prozent gesteigert worden ist. Vom Standpunkt der allgemeinen Wirtschaft, wie von dem einer gesunden Mietpreisbildung muß mit allen Kräften auf eine Senkung derartiger Kosten und Zinsen gedrängt werden.

Das zusätzliche Bauprogramm ermöglicht für das ganze Reich die Herstellung von etwa 20 000 Wohnungen über das Jahresbauprogramm hinaus. Dadurch kann die Beschäftigungslosigkeit der Bauarbeiter immerhin wesentlich vermindert werden. Einzelne Länder haben bereits die Finanzierung des zusätzlichen Bauprogramms teilweise sogar in Verbindung mit einem einheitlichen Bauprogramm für 1927 durchgeführt. Es muß deshalb erwartet werden, daß überall, wo in Kreisen der Bauarbeiter noch Erwerbslosigkeit besteht, die Durchführung des zusätzlichen Bauprogramms umgehend in Angriff genommen wird, und daß die erforderlichen Mittel baldigst beim Reich abgerufen werden.

Aussichten für die Behebung der Wohnungsnot in Baden

Erfreulicherweise war seit Kriegsende sowohl bei der badischen Regierung wie bei der badischen Volksvertretung des Verständnis für die Notwendigkeit der Baulätigkeit vorhanden. Insgesamt wurden seit Kriegsende etwa 46 000 Wohnungen erstellt. Bei einem jährlichen Bedarf von 5 500 Wohnungen bedeutet das, daß nicht bloß der gesamte Mehrbedarf gedeckt wurde, sondern auch von dem durch die Kriegszeit entstandenen Fehlbetrag von etwa 21 000 Wohnungen gegen 7 000 Wohnungen neu erstellt worden sind.

Es ist also durchaus unrichtig, wenn oft von Seiten, deren Urteil durch Sachkenntnis in keiner Weise getrübt ist, behauptet wird, die staatliche Unterstützung der Baulätigkeit sei ergebnislos und die für diesen Zweck erbobenen Einnahmestellen gingen größtenteils für die Verwaltung drauf. Wichtig ist vielmehr, daß Baden in der Förderung der Baulätigkeit an der Spitze aller deutschen Länder marschiert und darum wohl auch der Deckung des Wohnungsbedarfes am nächsten sein wird.

Im vergangenen Jahre fanden zur Förderung der Neubaulätigkeit mit Hilfe von öffentlichen Mitteln 13 Millionen Mark aus der Gebäudezinssteuer, 1,8 Mill. Mark aus Budgetmitteln des Staates und außerdem noch gewisse Beträge der Gemeinden zur Verfügung, die nicht festgelegt werden können. Für das Jahr 1926 rechen nach Verabschiedung des neuen Gebäudezins-

steuergesetzes 24,6 Millionen, also 11,6 Millionen Mark mehr zur Verfügung. Die Wohnungsbaudarlehen der Wohnungsverbände betrugen im Jahre 1925 3 165 775 Mk. Damit wurden 2 532 Wohnungen erstellt, es entfielen also durchschnittlich auf eine Wohnung 1 248 Mark Baudarlehen. Die Wohnungsbaudarlehen der verbandsfreien Städte beliefen sich auf insgesamt 16 021 096 Mark. Damit wurden 2 458 Wohnungen erstellt; es entfielen also hier auf eine Wohnung etwa 6 115 Mark Bauzuschuß. Von Wohnungsverbänden und verbandsfreien Städten zusammen wurden im letzten Jahre 19 222 873 Mark für Wohnungen aufgewandt und damit der Bau von 4 990 Wohnungen ermöglicht. Künftig werden aus Mitteln der Gebäudezinssteuer 11,6 Millionen Mark mehr zur Verfügung sein. Bei gleicher Förderung der Baulätigkeit seitens der Gemeinden ist anzunehmen, daß damit jährlich etwa 3 000 Wohnungen gebaut werden können. Im letzten Jahre wurden 5 000 Wohnungen mit Hilfe von Wohnungsbaudarlehen und 2 900 Wohnungen ohne Zuschüsse erstellt. Wenn künftig mit Hilfe der höheren Mittel aus der Gebäudezinssteuer jährlich 3 000 Wohnungen mehr entstehen, so können in den Jahren 1926/27 und 1927/28 jährlich etwa 11 000 Wohnungen, zusammen also 22 000 Wohnungen errichtet werden. Wenn der jährliche Neubedarf mit 6 000 Wohnungen eingeschätzt wird (durchschnittliche Zunahme an Haushaltungen nur 5 500), so würde nach zwei Jahren der Fehlbetrag an Wohnungen um 10 000 verringert sein. Da der wirkliche bringende Wohnungsbedarf wohl nur mit 12 000 bis 15 000 geschätzt wird, ist es möglich, in 2 bis 3 Jahren die Baulätigkeit so zu fördern, daß endlich an die Beseitigung der dringendsten Wohnungsnot gedacht werden kann. Erwähnung verdient noch, daß der Staat mehrere Millionen Mark für Beamtenwohnungen aufgewandt hat. Es darf ohne Übertreibung gesagt werden: Baden auch hier in Deutschland voran! (—h.)

Don den Arbeitsstellen

Baunfall

Mörs. Am Freitag, den 13. August, gegen 11 1/4 Uhr, stürzte bei der Firma Hüfer aus Oberlöffel bei Bonn an der neuen Rheinbrücke in Rheinhäuser, wo die Landpfeiler hergestellt werden, ein Gerüst von etwa 6 Meter Höhe zusammen. Sechs Bauarbeiter, vier Maurer und zwei Hilfsarbeiter, gingen damit in die Tiefe und erlitten teils schwere, teils leichtere Verletzungen. Neben Arm- und Beinbrüchen erlitt ein Hilfsarbeiter einen Wirbelsäulenbruch und wird wohl kaum mit dem Leben davonkommen. Die Schuld liegt vor allem daran, daß es an gutem Gerüstholz fehlte; Gerüststangen sind nur ganz wenige vorhanden. Die meisten Gerüste werden mit Kantholzern hergestellt, wodurch immer eine große Gefahr für uns Bauarbeiter entsteht.

Der Unfall geschah dadurch, daß das Gerüst von der Mauer abging, also nicht genügend abgesteift war, und zugleich eine Stütze (Kantholz) durchbrach. Würde bei dem Bau des Gerüsts die notwendige Sorgfalt beobachtet worden, so wäre das Unglück zweifellos nicht passiert.

Was sagt die Rheinhäuser Baupolizei dazu? Wie mir von unseren Kollegen berichtet wird, hat man auf der Baustelle, solange die Kollegen dort beschäftigt sind, und das ist bereits drei Monate her, noch keinen Baukontrollleur gesehen, obwohl Rheinhäuser einen früheren Stadateurunternehmer (Kriegsbeschädigt) damit betraut hat.

Wir erheben deshalb erneut die Forderung an den Herrn Landrat von Mörs, für den Kreis Mörs einen Baukontrollleur aus dem Arbeitnehmerstande anzufragen, damit derartige Unfälle in Zukunft verhütet werden. Eine Kontrolle der Bauduben, Baugerüste, sanitären Anlagen usw. ergibt ein geradezu erschreckendes Bild, so daß es unbedingt notwendig ist, nun endlich auch im Kreise Mörs den Bauarbeitern den notwendigen Schutz zu gewähren.

Bemerkt sei noch, daß ein großer Teil der Beschäftigten unorganisiert ist. Eine Anzahl früherer Poliere aus Duisburg und Umgegend hat sich auf der Baustelle zusammengefunden, welche ihren gewerkschaftlichen Glan, den sie aus dem Polierbund mitgebracht haben; dadurch betätigen, daß sie 12 Stunden arbeiten. Ein Baudelegierter ist unter diesen Umständen beim besten Willen nicht zu haben. Daß diese Verhältnisse die Unfallgefahren vermehren müssen, liegt auf der Hand. (Soj. Feil)

Sterbetafel

Am 2. August starb unser Kollege **Johannes Stolze** im blühenden Alter von 20 Jahren infolge Gehirngrippe. Ein zu den besten Hoffnungen berechtigender Gewerkschaftler ist mit ihm ins Grab gesunken.
Ortsgruppe **Neuenborn**.

Am 8. August starb unser treues Mitglied, der Kollege **Willy Georg Darm**, im Alter von 23 Jahren durch Unglücksfall infolge Gerüststurz.
Verwaltungsstelle **Sollingen**.

Am 9. August starb unser Kollege **Wilhelm Scheider** (Maurer) im Alter von 63 Jahren an den Folgen einer Operation.
Verwaltungsstelle **Hannover**.

Ehre ihrem Andenken!